

Verknallt

Friedhelm Hengsbach S.J., Frankfurt am Main

Die Hartz IV Gesetze sind in Kraft. Die öffentliche und demonstrative Auflehnung wurde geräuschlos beendet. Aber ist die extreme Individualisierung des gesellschaftlichen Risikos, arbeitslos zu sein, von Dauer? Indem Betroffene juristisch intervenieren, Leistungsbescheide fehlerhaft ausgefertigt werden und Kommunen finanzielle Lasten auf die Arbeitsagenturen abwälzen, wird offenkundig, dass die rot-grüne Koalition in eine selbst gestellte beschäftigungs- und sozialpolitische Falle tappt. Die Bevölkerung ahnt, wie sehr das abenteuerliche Versprechen, die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren, sowie die Beschwörung einer Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt rein kosmetische Tünche sind.

Kanzler Schröder und Minister Clement hatten versprochen, den Zugang zu einer sinnvollen Erwerbsarbeit, die den Lebensunterhalt sichert, zu fördern. Bisher fordern sie nur, Arbeit auch unter Preis und unter Bedingungen, die einer Nötigung gleichen, anzunehmen. Die Freiheit abhängig Beschäftigter, eine Arbeit auch ablehnen zu können, wird nun antastbar. Irgendeine Arbeit sei besser als keine, lautet das politische Bekenntnis.

Erwerbsarbeit müsse sein, lautet ein zweites Dogma. In der Fixierung auf die Erwerbsarbeit wird ausgeblendet, dass die moderne Gesellschaft drei Arbeitsformen hat, nämlich die Erwerbsarbeit, die durch ein Einkommen entlohnt, die private Beziehungsarbeit, die unentgeltlich geleistet, und das zivilgesellschaftliche Engagement, das mit öffentlichem Lob bedacht wird.

Die drei gesellschaftlich nützlichen Arbeitsformen wurden den beiden Geschlechtern so zugeteilt, dass die Frauen diskriminiert blieben – die Erwerbsarbeit den Männern, die private Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit den Frauen, das zivile Engagement den Männern, wenn ein Sitz im Aufsichtsrat zu vergeben ist, und den Frauen, wenn ein Besuch im Krankenhaus ansteht.

Die politische Klasse verkündet zwar einen innovativen Aufbruch in der Arbeits- und Lebenswelt, inszeniert aber weiterhin die traditionellen Rollenmuster. Alle Parteien propagieren die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Sie beabsichtigen, ein bisher nicht aktiviertes Arbeitsvermögen für den Standort Deutschland zu mobilisieren und die niedrige Geburtenrate zu verändern. Aber sie denken nicht daran, die Frage der Vereinbarkeit zuerst an die Männer zu richten. Nun sollten gerade diese gefordert und gefördert werden, dass sie ihre Erwerbsarbeitszeit verkürzen und mehr Zeit für die Beziehungsarbeit und die verschiedenen Formen des zivilen Engagements verfügbar halten. Erwerbstätige Männer, die hoch qualifiziert, komfortabel entlohnt und zu unbezahlter Mehrarbeit gezwungen sind, sollten jenseits ihrer Erwerbsarbeit eine höhere Lebensqualität aufspüren, als sich darin zu gefallen, in das eigene Unternehmen verknallt zu sein.

Frankfurter Rundschau, 5.3.05, 11.